Baden-Württemberg

Hagel sagt, Transpersonen hätten ihn überzeugt

28. Oktober 2026, 14:12 Uhr | Lesezeit: 3 Min.

Kommentare



Carsten Koall; dpa

KI Zusammenfassung

Nach heftiger Kritik aus der queeren Community beschließt Baden-Württembergs Innenminister, dass Änderungen des Geschlechtseintrags künftig doch nicht automatisch an die Polizei übermittelt werden.

Von Roland Muschel, Stuttgart

Artikel anhören

Merken Teilen Feedback Drucken

SZ bei Google bevorzugen

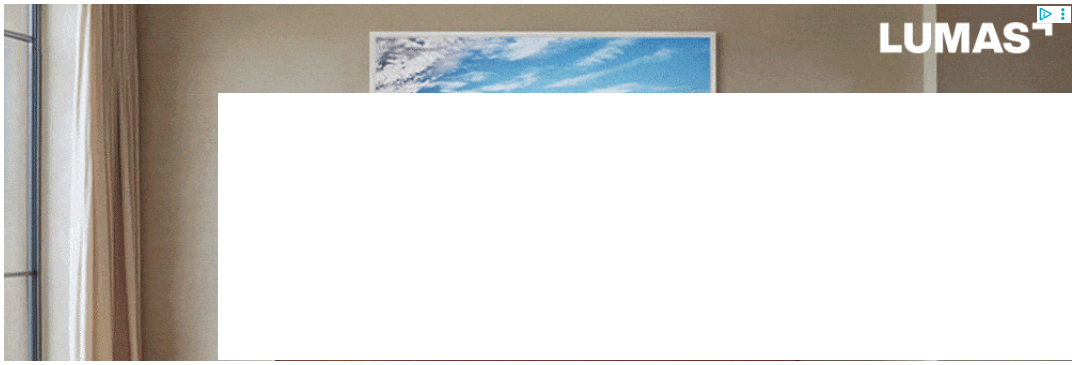
Alexander Häfner trägt Vollbart. Dass er ein Transmann ist, erkennen die meisten Menschen auf der Straße nicht. Der Stuttgarter engagiert sich zudem ehrenamtlich im Vorstand des Vereins Mission TRANS* und tritt öffentlich für die Rechte transgeschlechtlicher Menschen ein. Im Internet bekommt er dafür Hasskommentare. Im Alltag dagegen bleibt er von Anfeindungen weitgehend verschont. Andere haben weniger Glück.

Einmal sei er mit einer Transfrau über die Königstraße gelaufen, die Stuttgarter Einkaufsmeile. Die Reaktionen der Passanten hätten ihn erschreckt: abfällige Blicke, Sprüche, Anfeindungen. „Die Zeiten für die Community sind gerade echt schwierig, viel schwieriger als noch vor zwei, drei Jahren“, sagt Häfner am Telefon. Manche hätten inzwischen solche Angst vor Übergriffen, dass sie sich für den Christopher Street Day erst am Veranstaltungsort schminkten. In der S-Bahn wollten sie lieber nicht auffallen.

In dieser angespannten Situation hat eine Verordnung des CDU-geführten Stuttgarter Innenministeriums zusätzliche Sorgen ausgelöst. Vom 1. November an sollten die Meldebehörden Änderungen von Vornamen und Geschlechtseinträgen automatisch an die Polizei übermitteln. Auch frühere

Angaben sollten weitergegeben werden. Ein konkreter Verdacht wäre dafür nicht erforderlich gewesen. Queere Verbände warnten vor einem Zwangsouting. Kritik kam auch vom Koalitionspartner und die Grüne Jugend bezeichnete die Regelung als „diskriminierend“.

ANZEIGE



Der Innenminister will die Verordnung nun ändern - in letzter Minute

Nun, wenige Tage vor Inkrafttreten der Verordnung am 1. November, lenkt Innenminister Manuel Hagel von der CDU ein. Änderungen des Geschlechtseintrags sollen künftig doch nicht automatisch an die Polizei übermittelt werden. Namensänderungen dagegen schon. Die Verordnung soll entsprechend geändert werden.

In Gesprächen mit Betroffenen hätten ihn deren Argumente überzeugt, sagt Hagel am Telefon. „Daten sind kein Selbstzweck. Der Staat erhebt, was er für die Sicherheit braucht, und nur das“, so der Innenminister. Die Änderung des Geschlechtseintrags sei für viele Menschen das Ende eines langen, oft schmerzhaften Weges. „Wer diesen Weg gegangen ist, will nicht, dass er in Behördenakten weiterreist.“ Die Polizei interessiere sich für Straftaten, nicht für Lebensgeschichten.

Allerdings benötige die Polizei zuverlässige Angaben für Fahndungen und Sicherheitsprüfungen. Deshalb sollten Namensänderungen weiter automatisch gemeldet, die Daten aber nur dann in polizeilichen Systemen gespeichert werden, wenn zur betreffenden Person bereits ein polizeilicher Datensatz vorliegt. Andernfalls sollen die Daten unverzüglich gelöscht werden. Diese Beschränkung soll nun ausdrücklich festgeschrieben werden.



privat

Hagel hat eine Änderungsverordnung bereits in Auftrag gegeben. Bis dahin soll die ursprüngliche Regelung nach dem Willen des Ministers nicht angewandt werden. Hagel korrigiert damit eine Regelung, die sein Vorgänger und Parteifreund Thomas Strobl im November 2025 erlassen hatte.

Trans-Aktivisten fürchten ein Szenario, in dem die AfD den Innenminister stellt

Trans-Aktivist Häfner bewertet die angekündigte Änderung vorsichtig positiv. „Das klingt erst einmal nach einem akzeptablen Kompromiss“, sagt er. Für ihn war das 2024 eingeführte Selbstbestimmungsgesetz ein großer Fortschritt. Transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen können seither ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag ohne Gerichtsverfahren und psychiatrische Gutachten ändern lassen. Ein gesetzliches Offenbarungsverbot soll ihre frühere Identität schützen. Die ursprünglich vorgesehene Datenweitergabe an die Polizei in Baden-Württemberg hatte deshalb auch bei ihm erhebliche Sorgen ausgelöst.

ANZEIGE



„Wenn Daten da sind, kann man die auch abrufen“, sagt er. Häfner denkt dabei an die AfD, an ein Szenario, in dem die Partei den Innenminister stellt. „Wir sehen die Gefahr, dass Listen mit Transpersonen erstellt werden, besonders bei einem Rechtsruck im Land.“

Wie angespannt die Lage für transgeschlechtliche Menschen ist, zeigt eine 2025 veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts Camino im Auftrag des Berliner Senats. Von 141 befragten transgeschlechtlichen Menschen in Berlin berichteten zwei Drittel, innerhalb von fünf Jahren transfeindliche Gewalt erlebt zu haben, fast die Hälfte sogar innerhalb eines Jahres. Erfasst wurden dabei nicht nur körperliche Angriffe, sondern auch verbale Anfeindungen.

Die einzelnen Bundesländer gehen in der Sache unterschiedlich vor

Mit Hagels Einlenken ist für Häfner ein Streitpunkt entschärft. Andere Fragen bleiben offen. So werden frühere Vornamen und Geschlechtseinträge weiterhin in den Melderegistern gespeichert. Das ist allerdings auf Bundesebene geregelt und nicht Teil der baden-württembergischen Verordnung.

Die Länder gehen unterschiedlich vor. Bremen hat eine automatische Übermittlung von Änderungen des Vornamens und des Geschlechtseintrags geprüft – und verworfen. „Die Polizei benötigt keine automatische Nachricht über jede Änderung der Einträge im Personenstandsregister und im Melderegister“, sagt ein Sprecher der Senatorin Eva Högl (SPD). Die Polizei könne die Daten im Einzelfall abfragen, wenn es erforderlich sei. Außerdem gelte der Grundsatz der Datensparsamkeit: Behörden sollten nur so viele Daten erhalten und verarbeiten wie nötig.

Newsletter

Im Südwesten

Jeden Donnerstag: Was bewegt Stuttgart und Baden-Württemberg? Die besten Geschichten im kostenfreien Newsletter.

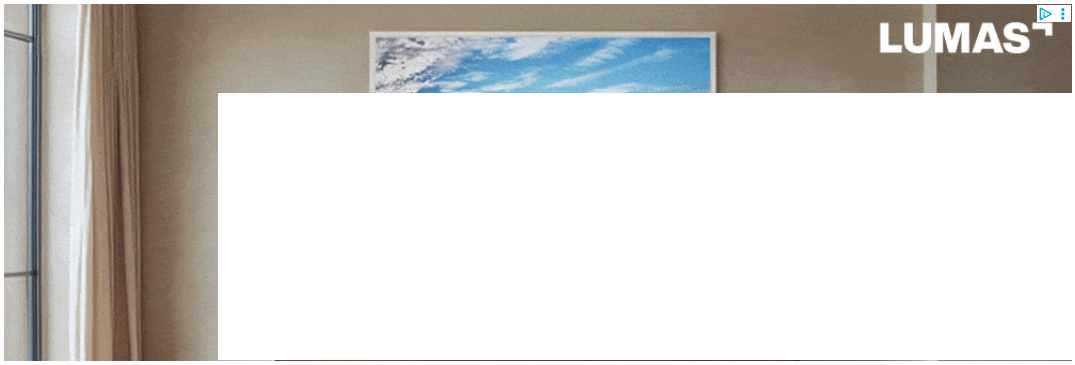


Geben Sie Ihre E-Mail-Adresse ein

Für Versand und Nutzungsanalyse nutzen wir Ihre E-Mail-Adresse. Datenschutz

Anmelden

ANZEIGE



Bayern dagegen praktiziert die automatische Übermittlung seit November 2024. Dort werden Polizeidaten nur aktualisiert, wenn bereits ein relevanter Eintrag existiert; nicht benötigte Daten müssen gelöscht werden. Negative Folgen seien dem Innenministerium nicht bekannt, teilt eine Sprecherin mit.

In Stuttgart haben Mission TRANS* und Queeres Netzwerk Baden-Württemberg für diesen Samstag zu einer Demonstration aufgerufen. Sie findet trotz des Last-Minute-Kompromisses statt. Man werde etwa gegen die bundesrechtliche Speicherung früherer Namen und Geschlechtseinträge protestieren, auch die medizinische Versorgung transgeschlechtlicher Menschen sei ein Problem, sagt Häfner. „Die Themen gehen uns leider nicht aus."

© SZ - Rechte am Artikel können Sie hier erwerben.

Teilen Feedback Drucken

Jetzt kommentieren

Baden-Württemberg

Datenschützer protestieren gegen drastische Einschnitte



Immer mehr Bürger wenden sich an die Datenschutzaufsicht, trotzdem soll sie in Baden-Württemberg erheblich schrumpfen. Wie passt das zusammen?

SZ Plus Von Roland Muschel

Lesen Sie mehr zum Thema

Baden-Württemberg | Queer | LGBTQ Plus | Innere Sicherheit | Sicherheitsp

Für Sie ausgewählt



Erderwärmung

„Wir können uns nicht einfach auf Klimaanlagen verlassen“

Der Klimawandel kostet schon heute mehr als 1300 Menschenleben pro Tag. Forscherin Marina Romanello erklärt, warum Europa besonders betroffen ist, wie schlimm der nächste El Niño wird und welche Risiken Klimageräte bergen.

SZ Plus Interview von Christoph von Eichhorn



England

Unvergessliche Massagen kontinentaleuropäischer Damen

In Italien gilt man mit 60 als alt, hier in Großbritannien schon mit 47. Für die Senioren des Landes gibt es die Zeitschrift „The Oldie“, die auf das Ende vorbereitet und nebenbei erotische Fantasien der Brexit-Rentner verrät.

SZ Plus Von Martin Wittmann



Bayerischer Kunstpreis

„Es ist der Geist, der sich den Körper baut“: Samuel Koch ist Performer des Jahres

Nach seinem Unfall dachte Samuel Koch, es gibt nichts „Bescheuerteres“, als in seinem Zustand Schauspieler zu werden. Jetzt erhält er für seine Darstellungskunst einen wichtigen Preis. Aber es gibt noch mehr, wofür er sich einsetzt.

Interview von Yvonne Poppek



Europa

Zwei geklaute Wörter: Wie von der Leyen den Gipfel mit Kanada gefährdet

Die Kommissionspräsidentin will Kanada zum „assoziierten Mitglied“ der Europäischen Union machen. Um diese Formulierung tobt in der EU ein Streit. Auch die deutsche Regierung ist sauer.

SZ Plus Von Hubert Wetzel



Berufseinstieg

Gute Noten, Master, Praktika – und trotzdem keine Stelle

Louis flog für ein Bewerbungsgespräch nach London. Danach: Schweigen. Antonia hat einen Job gefunden, der ihr nicht liegt. Warum der Berufseinstieg auch mit guter Ausbildung gerade so schwer ist.

SZ Plus Von Veronika Tieschky



Unterirdische Abfallbehälter

Ein Saugrüssel holt in Münchens Fußgängerzone bald den Müll aus der Tiefe

Die Stadt testet in der Sendlinger Straße unterirdische Abfallbehälter, dafür sind Grabungen und spezielle Fahrzeuge nötig. Während die Stadt überall sparen muss, weiß das Baureferat nicht zu sagen, was der Pilotversuch und seine mögliche Ausweitung kosten.

SZ Plus Von Bernd Kastner



Merz in Asien

Die Welt aus den Fugen? Da hat der Kanzler eine Idee

Im Kampf gegen die globalen Unsicherheiten schlägt Friedrich Merz in Singapur eine Art europäisch-pazifische Superallianz vor. Auch als Gegenpol zu China und den USA.

SZ Plus Von Daniel Brössler



Außenpolitik

Wie Berlin mit der Wahl in Israel umgeht

Die Bundesregierung blickt gespannt auf das Ergebnis der Abstimmung in Israel: Sollte Benjamin Netanjahu verlieren, könnte ihr das neuen diplomatischen Spielraum verschaffen.

SZ Plus Von Sina-Maria Schweikle



Migration

EU will Frontex massiv ausbauen

Die Grenzschutz-Agentur soll eine schnelle Eingreiftruppe für Krisen wie in Ceuta aufbauen. Abschiebungen sollen in ganz Europa beschleunigt und die verschärften Regeln für Migranten umgesetzt werden.

SZ Plus Von Josef Kelnberger



Stand-up-Comedy

„Es ist das größte Glück, Leute zum Lachen zu bringen“

Maximilian Lorenz wuchs im Landkreis Fürstenfeldbruck auf, stand an der Schwelle zum Fußball-Profigeschäft und wurde Unternehmensberater. Warum er sich dann gegen den sicheren Job und für die Bühnenkunst entschieden hat, erzählt er im Gespräch.

SZ Plus Interview von Stefan Salger



Ernährung

Food Noise: die Erfindung eines Leidens?

Der Begriff taucht in Tausenden Social-Media-Posts, in Berichten und Tests auf. Was verbirgt sich wirklich dahinter – und wer profitiert davon?

SZ Plus Von Berit Uhlmann



„Bibi Blocksberg“-Erfinderin

Die heile Hexenwelt, bedroht von Faschisten

Elfie Donnelly hat vor mehr als 45 Jahren Bibi Blocksberg erfunden. Nun hat sie ein Buch für Erwachsene geschrieben. Um Hexen geht es trotzdem – und um eine Schurkin mit Parallelen „zu einer gewissen AfD-Politikerin“.

SZ Plus Von Theresa Parstorfer



Exklusiv **Podcast**

Das System Rammstein und der Machtmissbrauch in der Musik

Vor einem Jahr erschüttern die Recherchen von SZ und NDR zum Casting-System auf Rammstein-Konzerten die Musikwelt. Wie konnte es so weit kommen – und was ist seitdem passiert?

SZ Plus



Literatur

„Ich will immer nur eine ganz kleine Idee“

In George Saunders’ neuem Roman „Nachtwache“ kommt ein Geist zu einem sterbenden Erdöl-Tycoon. Wie kommt man auf so einen Plot? Nachgefragt bei einem Frühstück mit dem Autor in Manhattan.

SZ Plus **Von Boris Herrmann**



Sachsen-Anhalt

„Wenn sie unsere Häuser anzünden, wird dann die Feuerwehr löschen?“

Nach dem AfD-Wahlsieg in Sachsen-Anhalt fühlen sich Menschen aus anderen Ländern wieder zunehmend bedroht. Migrantenvertreter fordern von Bund und Ländern ein Schutzkonzept.

Von Valerie Höhne

VERLAGSANGEBOT

SZ Stellenmarkt

Entdecken Sie attraktive Jobs

In anspruchsvollen Berufsfeldern im Stellenmarkt der SZ.

Medizin, Gesundheit & Soziales
Tech. Entwicklung & Konstruktion
Consulting & Beratung
Marketing, PR & Werbung
Fahrzeugbau & Zulieferer
IT/TK Softwareentwicklung
Tech. Management & Projektplanung
Vertrieb, Verkauf & Handel
Forschung & Entwicklung

Jetzt entdecken →

Sie möchten die digitalen Produkte der SZ mit uns weiterentwickeln? Bewerben Sie sich jetzt! Jobs bei der SZ Digitale Medien

ANZEIGE

EXKLUSIVE GUTSCHEINE FÜR SZ-ABONNENTEN

OTTO
10 € OTTO Gutscheincode exklusi...

Lieferando
15 € Lieferando Gutschein bei Ihrer...

SportFits
5 % SportFits Gutscheincode auf da...

Bootsschule1
Exklusiver 15€ Rabattcode von...

Narw
Siche den 4

Zur SZ-Startseite